



Fachkräfte dringend gesucht

Was die designierte Koalition tun will, um dem Fachkräftemangel zu begegnen

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen – für Zahnarztpraxen ebenso wie für die gesamte Wirtschaft. Das hat auch die Politik erkannt, entsprechend nimmt der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD das Thema Fachkräftegewinnung ins Visier.

Der Abschnitt „Arbeit und Soziales“ steht im Koalitionsvertrag weit vorn und hier geht es im Text gleich zur Sache: „Die Sicherung der Fachkräftebasis ist ein entscheidender Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.“ Damit Fachkräfte-sicherung in den nächsten Jahren gelingt, wollen die designierten Koalitionspartner alle Register ziehen: eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, qualifizierte Ein-wanderung sowie Anreize für Mehrarbeit und längeres Arbeiten im Alter.

Familienbudget bleibt hinter Erwartungen zurück

Die angestrebte Zunahme bei der Erwerbstätigkeit von Frauen setzen die Koalitionäre offensichtlich mit einer besseren Ver-einbarkeit von Familie und Beruf gleich. Ein Hebel, den sie dazu in Bewegung set-zen, ist mehr Flexibilität durch die Mög-lichkeit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Auch eine Vertrauensarbeitszeit ohne Zeiterfassung bleibt möglich.

Um Familien von Care-Arbeit zu entlasten, hatte die Union in ihrem Wahlprogramm eine höhere steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen ver-sprochen, die SPD ein Familienbudget für Alltagshelfer. Übrig geblieben ist im Koali-tionsvertrag lediglich ein Prüfauftrag für ein solches Budget und auch das nur für

Familien mit kleinen und mittleren Ein-kommen. Angestellten Zahnärzten bleibt daher kaum Hoffnung, dass ihnen eine schwarz-rote Regierung den Spagat zwi-schen Kindern, pflegebedürftigen Ange-hörigen, Haushalt und Beruf erleichtern wird.

Schnellerer Zugang für ausländische Fachkräfte

Den Zugang für ausländische Fachkräfte in den Arbeitsmarkt erleichtern wollen Union und SPD mit einer digitalen „Work-and-stay-Agentur“. Sie soll alle Prozesse der Erwerbsmigration bündeln und die Verfahren zur Anerkennung von Ab-schlüssen auf acht Wochen reduzieren. Weiter ist geplant, Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung zu verstetigen und flächendeckend Berufssprachkurse anzubieten. Zudem sollen Hürden für Flüchtlinge bei der Beschäftigungsauf-nahme abgebaut und Arbeitsverbote re-duziert werden.

Anreize für längeres Arbeiten

Eine weitere Maßnahme zielt zwar nicht unmittelbar darauf ab, mehr Fachkräfte zu gewinnen, aber Anreize für Mehrarbeit der vorhandenen Arbeitskräfte zu schaf-fen: Zuschläge für Mehrarbeit, die über Vollzeitarbeit hinausgeht (ohne tarifliche Regelung wären das 40 Stunden), sollen

steuerfrei gestellt werden. Bei Teilzeit-beschäftigten ist geplant, Prämien, die Arbeitgeber für eine Ausweitung der Ar-bbeitszeit zahlen, steuerlich zu begünstigen.

Das Arbeiten im Alter wollen Union und Sozialdemokraten mit einer Aktivrente attraktiv machen. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiter-arbeitet, soll sein Gehalt bis zu einem Be-trag von 2.000 Euro im Monat steuerfrei bekommen. Weitere Hürden für längeres Arbeiten will die neue Koalition abbauen, indem bei Erreichen der Regelaltersgrenze das Vorbeschäftigte-verbot für befris-tete Arbeitsverhältnisse aufgehoben und Hinzuverdienstmöglichkeiten etwa bei der Hinterbliebenenrente verbessert werden.

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK

WEITERER BEITRAG ZUM KOALITIONSVERTRAG

Das BZBplus 5/2025 hat bereits über an-dere – für Zahnärzte relevante – Aspekte des Koalitionsvertrages von Union und SPD berichtet, insbeson-dere im Abschnitt „Ge-sundheit und Pflege“. Sie finden die Ausgabe im Internet:
<https://bzb-online.de>.

